

Lange Nächte der Wohnungslosen

Aktionstage »Der Sozialstaat gehört allen!« in 120 Städten. Kundgebung auf Berliner Alexanderplatz am Donnerstag

Christian Linde

Um auf das Schicksal von Wohnungslosen und Menschen, die vom Verlust ihrer vier Wände bedroht sind, aufmerksam zu machen, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) in der vergangenen Woche eine Kampagne gestartet. Unter dem Motto »Der Sozialstaat gehört allen!« wurden bundesweit Plakate zum Teil auf Großwerbeflächen angebracht (jW berichtete). Anlaß ist das von der EU ausgerufene »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«. Auch die Bundesregierung hat sich verpflichtet, das »Grundrecht der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen auf ein Leben in Würde und auf umfassende Teilhabe an der Gesellschaft« anzuerkennen. »Wir sind der Überzeugung, daß Wohnungslosigkeit, Wohnungsnot und soziale Ausgrenzung in diesem Jahr auf die Tagesordnung gehören«, heißt es im Kampagnenaufwurf. Die Bundesregierung lasse extreme Armut, Wohnungsnot und die für Arme nahezu untragbaren Gesundheitskosten jedoch unbeachtet, kritisiert die BAG W.

Um im Rahmen der Aktion eine größere Öffentlichkeit herzustellen, finden am Donnerstag und Freitag in über hundert Städten Veranstaltungen unter dem Motto »Lange Nächte der Wohnungslosen« mit Sleep-outs, Open-Air-Konzerten, Debatten, Infoständen und alternativen Stadtrundgängen statt. Höhepunkt der Kampagne ist die zentrale Veranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz morgen zwischen 15 und 22 Uhr mit politischen Diskussionen, aber auch Livemusik oder einer Vorstellung des Straßentheaters »un-gewohnt«.

Über den tatsächlichen Umfang von Wohnungslosigkeit existieren keine zuverlässigen Daten. Denn in Deutschland gibt es keine bundeseinheitliche Notfallberichterstattung. Deshalb legt die BAG W - jeweils mit zeitlicher Verzögerung - Schätzungen vor. Demnach waren von Wohnungsnotfällen im Jahre 2008 insgesamt etwa 330000 Personen betroffen. Davon gehörten etwa 227000 zu den Wohnungslosen und rund 103000 zu den von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen. Darüber hinaus leben mindestens 20000 Menschen in Deutschland ohne jede Unterkunft auf der Straße. Mit 142000 stellen Männer knapp zwei Drittel der in Hilfeinrichtungen untergebrachten Betroffenen. Der Frauenanteil beträgt knapp ein Viertel, die Zahl der Kinder und Jugendlichen liegt bei 24000. Während es im Westen insgesamt fast 200000 Menschen sind, sollen es im Osten Deutschlands, so die aktuelle Schätzung, rund 30000 Betroffene sein.

Fast 90 Prozent der wohnungslosen Männer und Frauen sind arbeitslos. Das Einkommen bewege sich häufig unter den Eckregelsätzen von HartzIV bzw. des Sozialgeldes. Viele Betroffene verfügten über gar kein Einkommen. Neben einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik mit unzureichenden Förderinstrumenten für Langzeiterwerbslose mit Mehrfachbeeinträchtigungen und Versorgungslücken im Gesundheitsbereich beklagt die Organisation vor allem die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. So verschärfe die Abnahme von öffentlich gefördertem und damit preiswertem Wohnraum die Situation für Einkommensschwache. Zugespitzt würde die Lage nicht nur durch den Rückgang der Neubautätigkeit, sondern auch durch das Auslaufen von Belegungsbindungen, die eine Zuweisung von Wohnraum durch die öffentliche Hand ermöglichen würde.

Diese Tendenz des knapper werdenden gebundenen Mietwohnungsbestandes werde befördert und forciert durch den Verkauf kommunaler und landeseigener Wohnungen an private Investoren. In vielen Städten und Gemeinden fehle somit Wohnraum zu angemessenen Preisen. Hinzu komme, daß die aktuellen Mietobergrenzen für »Hartz IV«-Empfänger zu niedrig angesetzt seien.